Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 50	S0271/18	09.10.2018
zum/zur		
F0189/18 Stadtrat Karsten Köpp, Fraktion DIE LINKE/future!		
Bezeichnung		
Mit dem Magdeburg-Pass die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		23.10.2018

Die aufgeworfenen Fragestellungen können durch das Sozial- und Wohnungsamt wie folgt beantwortet werden:

zu 1.

Menschen, deren Einkommen unter dem 110%igen Bedarf nach dem Dritten Kapitel SGB XII liegen, können derzeit den Magdeburg-Pass beantragen. Wie hoch war in absoluten Eurobeträgen am 31.08.2018 jeweils diese Einkommensgrenze für folgende Personengruppen:

- a) Single ohne Kinder,
- b) Alleinerziehend mit 1 Kind (unter 18 Jahren),
- c) Alleinerziehend mit 2 Kindern (beide unter 18 Jahren),
- d) Paar ohne Kinder,
- e) Paar mit 1 Kind (unter 18 Jahren) und
- f) Paar mit 2 Kindern (beide unter 18 Jahren)?

Welche Veränderungen ergaben sich für jeweils welche Personengruppe zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres absolut und relativ?

Die Fragestellung kann durch das Sozial- und Wohnungsamt nicht beantwortet werden.

zu 2.

Wie hoch war jeweils der Anteil anspruchsberechtigter Personen nach den Rechtskreisen SGB II, SGB XII und dem AsylbLG am 31.08.2018. Welche Veränderungen ergaben sich zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres absolut und relativ?

Der anspruchsberechtigte Personenanteil stellt sich zum 31.08.2018 für die einzelnen Rechtskreise wie folgt dar:

SGB II → 31.409 Personen
SGB XII → 2.882 Personen
AsylbLG → 938 Personen

Zum Vergleichszeitpunkt 2017 waren folgende Personenzahl anspruchsberechtigt:

SGB II → 33.013 Personen
SGB XII → 2.778 Personen
AsylbLG → 1.190 Personen

Unter Berücksichtigung der Datenlage aus dem Jahr 2017 und 2018 ergeben sich folgende Veränderungen zum anspruchsberechtigten Personenkreis:

SGB II	→	- 4,86 %
SGB XII	→	+ 3,74 %
AsylbLG	→	- 21,18 %

zu 3.

Wie hoch wäre jeweils der Anteil anspruchsberechtigter Personen nach den Rechtskreisen SGB II, SGB XII und dem AsylbLG am 31.08.2018 gewesen, wenn die Einkommensgrenze nicht beim 110%igen sondern beim 125%igen nach dem Dritten Kapitel SGB XII gelegen hätte? Welche Veränderungen ergaben sich zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres absolut und relativ?

Zur Fragestellung liegt dem Sozial- und Wohnungsamt kein Datenmaterial vor.

zu 4.

Wie hoch war am 31.08.2018 jeweils die Zahl der Inhaber*innen des Magdeburg-Passes? Welche Veränderungen ergaben sich zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres absolut und relativ?

Die Anzahl der Magdeburg Pass-Inhaber stellt sich zum 31.08.2018 wie folgt dar:

SGB II	→	13.321 Personen
SGB XII	→	1.047 Personen
AsylbLG	→	1.014 Personen
110 %	→	219 Personen

Zum Vergleichszeitpunkt 2017 verfügten folgende Personen über einen Magdeburg-Pass:

SGB II	→	13.512 Personen
SGB XII	→	1.509 Personen
AsylbLG	→	954 Personen
110 %	→	413 Personen

Unter Berücksichtigung der Datenlage aus dem Jahr 107 und 2018 ergeben sich folgende Veränderungen zur Inanspruchnahme:

SGB II	→	- 1,41 %
SGB XII	→	+ 6,29 %
AsylbLG	→	- 30,62 %
110 %	→	- 53,03 %

zu 5.

In wie vielen Fällen wurde zwischen dem 01.01.2018 und dem 31.08.2018 ein formgerechter Antrag abgelehnt, weil das Einkommen der Antragsteller den 110%igen Bedarf nach dem Dritten Kapitel SGB XII überstiegen hat? Welche Veränderungen ergaben sich zum Vergleichszeitraum des Vorjahres absolut und relativ?

Innerhalb des Zeitraums vom 01.01.2018 bis 31.08.2018 wurden insgesamt 315 Anträge gestellt. Aufgrund übersteigenden Einkommens wurden davon 69 Anträge abgelehnt. Dies entspricht einer Ablehnungsquote von 19,37 %.

Innerhalb des Vergleichszeitraums 2017 wurden 425 Anträge gestellt und 61 abgelehnt. Dies entspricht einer Ablehnungsquote von 14,35 %.

zu 6.

Welche Daten und Fakten skizzieren seit dem Jahr 2013 die Armutsentwicklung in der Landeshauptstadt und welche Gründe daraus rechtfertigen mit Blick auf den Magdeburger Haushalt 2019 die Einkommensgrenzen für den Magdeburg-Pass anzuheben?

Daten und Fakten liegen im Rahmen der jeweiligen Statistiken zu den Leistungsempfängern jahresbezogen vor und sind bekannt.

Mindestens bei Empfängern von Leistungen nach SGB II, XII, AsylbLG und Wohngeld kann von „Armut“ ausgegangen werden.

Zu anderen Personen liegen dem Dezernat keine Einkommensdaten vor, so dass eine Bewertung/Einschätzung nicht abgegeben werden kann.

Borris